

Fragenkatalog zur Entwicklungspolitik

1. Stellenwert und konzeptionelle Ausrichtung

Die Welt befindet sich im Wandel, was uns angesichts der multiplen Krisen dramatisch vor Augen geführt wird. Ernährungs-, Energie-, Klima- und Weltwirtschaftskrise hängen eng miteinander zusammen und bedrohen vor allem die ärmsten Menschen in den Entwicklungsländern. Dies stellt die Entwicklungspolitik vor große Herausforderungen. Darüber hinaus wird international, aber auch in Deutschland (siehe „Bonner Aufruf“) die Ausrichtung der Entwicklungspolitik in Frage gestellt. Eines der Hauptargumente ist dabei, dass 50 Jahre Entwicklungspolitik und Milliarden an Hilfsgeldern kaum Erfolge gebracht haben.

- a) Wie sieht aus Sicht Ihrer Partei die Zukunft der Entwicklungspolitik aus? Welche Reformen und neuen Ansätze sind angesichts einer sich wandelnden Welt notwendig?

Entwicklungspolitik ist für uns ein Instrument, Globalisierung gerechter zu gestalten. Die aktuellen Krisen verschärfen die Situation für die Menschen in den Entwicklungsländern und stellen die Entwicklungspolitik vor noch größere Herausforderungen. Wir wollen tatsächliche Verbesserungen für die Menschen. Diese erreichen wir nicht alleine, sondern nur gemeinsam. Wir wollen die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) der Vereinten Nationen umsetzen.

Bis 2015 sollen die finanziellen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens(BNE) steigen. Dies erfordert höhere Haushaltsmittel, innovative Finanzierungsinstrumente (Finanztransaktionssteuer, Flugticketabgabe, Emissionshandel) und Entschuldungen. Die Zusammenarbeit in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, ländliche Entwicklung und beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme wollen wir ausbauen, den Technologie- und Know-How Transfer von Nord nach Süd verbessern. Wir wollen eine eigenständige Entwicklungszusammenarbeit, bei der die Qualität durch eine neu zu schaffende Entwicklungsagentur, in der GTZ und KfW-Entwicklungsbank aufgehen, gesteigert wird. Die Trennung zwischen technischer und finanzieller Zusammenarbeit würde damit entfallen. Die Steigerung der Mittel erlaubt höhere Mittelzusagen an Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und Stiftungen.

Die Akzeptanz der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) hängt stark davon ab, dass auch unsere Partnerländer ernsthafte und nachvollziehbare Anstrengungen unternehmen, die eine Grundlage für die Zusammenarbeit bieten. Wir halten das Argument, 50 Jahre EZ habe kaum etwas gebracht, für falsch und gefährlich. Wir haben Entwicklungspolitik immer als einen relevanten Teil und nicht als den Königsweg zu einer nachhaltigen Entwicklung verstanden. Andere Politikfelder wie Handel und Wirtschaft müssen ebenfalls entwicklungsorientierter werden. Dafür streiten wir.

Wir teilen die Schlussfolgerungen der Autoren des Bonner Aufrufs nicht. Wir halten deren Vorstellungen für erstaunlich eindimensional und „blind“ sowohl gegenüber neuen Debatten in der EZ als auch gegenüber den aktuellen Herausforderungen. Dies gilt besonders für die Schnittstellen zwischen Klimawandel, Energie, Ernährung und Entwicklung.

- b) Unterstützt Ihre Partei den Erhalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung? Welche Vor- oder Nachteile hat ein eigenständiges Entwicklungsministerium aus Ihrer Sicht?

Ja, wir Grünen sprechen uns für ein eigenständiges Entwicklungs-Ministerium (BMZ) aus. Wir fordern allerdings eine bessere Ressortabstimmung und mehr Kohärenz. Immer mehr Ministerien übernehmen internationale Aufgaben oder beeinflussen durch ihr Agieren die Entwicklungsländer. Das zeigt sich in fast allen Bereichen jenseits der Außenpolitik, besonders bei der Handels-, Umwelt-, Agrar-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Erfolge der Entwicklungspolitik werden oft durch Fehlentscheidungen anderer Ressorts konterkariert. Die Vorstellung, alle Entscheidungen, die Auswirkungen auf Entwicklungsländer haben, im BMZ zu bündeln, halten wir für unrealistisch. Das Kanzleramt ist gefordert, für mehr Kohärenz zu sorgen.

- c) Sollten aus Sicht Ihrer Partei die (außen-)politischen Entscheidungen der Bundesregierung die möglichen Auswirkungen auf Entwicklungsländer berücksichtigen?

Ja, unbedingt.

2. Millenniumsentwicklungsziele

Die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 ist gefährdet. Es ist notwendig, klar zu definieren, welche Aktionen in den verbleibenden fünf Jahren vonstatten gehen sollen.

- a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Deutschland einen MDG-Aktionsplan verabschiedet, der die Initiativen Deutschlands zur Erreichung der Millenniums-entwicklungsziele bis 2015 festlegt und ressortübergreifend koordiniert?

Ja. Wir wollen an das noch von der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2001 beschlossene Aktionsprogramm 2015 anknüpfen. Daraus muss ein inhaltlich weiter entwickelter Aktionsplan werden, der kohärent und ressortübergreifend den deutschen Beitrag zur Erreichung der MDG präzise beschreibt. Dies ist die gegenwärtige Bundesregierung schuldig geblieben.

- b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Themen, die bisher in den Millenniumsentwicklungszielen zu wenig oder überhaupt nicht berücksichtigt werden, wie Good Governance, Menschen- und Frauenrechte, Frieden und Sicherheit und Menschen mit Behinderungen bei einer Fortschreibung der Millenniumsentwicklungsziele stärker berücksichtigt werden?

Ja. Wenn wir die Entstehungsgeschichte der MDG betrachten, können wir erkennen, dass diese wiederholt „nachgebessert“ worden sind, zum Beispiel bezogen auf die Ziele der sanitären Grundversorgung oder bei Fragen der Ernährung. Eine Weiterentwicklung ist also sinnvoll.

3. Entwicklungsfinanzierung

Entwicklung braucht Finanzierung. Als Orientierungspunkt haben die Vereinten Nationen das Ziel vorgeben, dass die Geberstaaten bis 2015 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen. Deutschland hat sich dem Europäischen Stufenplan verpflichtet, der bis 2010 0,51% und bis 2015 0,7% des BNE für Entwicklungszusammenarbeit vorsieht.

- a) Ist aus Sicht Ihrer Partei die Anrechnung von Entschuldungsmaßnahmen in die ODA-Quote gerechtfertigt?

Ja. Im Grundsatz sind wir der Meinung, dass die Umsetzung des Stufenplans mittels dreier Ansätze erfolgen sollte: durch höhere Budgetmittel, innovative Finanzierungsinstrumente und Entschuldungsinitiativen. Es ist gerechtfertigt, die Entschuldung auf die ODA anzurechnen. Die HIPC-Initiative hat viele Länder entlastet, die dadurch real neue Mittel erhalten haben. Die Entschuldungen des Irak und Nigerias haben kurzfristig die deutsche ODA erhöht, stellen aber Sonderfälle dar. Es hilft niemandem weiter, wenn wie in diesen Fällen kurzfristig eine „ODA-Spitze“ entsteht, die im Folgejahr wieder weg bricht. Wir halten politische Allianzen für weitere Entschuldungsmaßnahmen dann für erfolgversprechend, wenn die Anrechnung der Schuldenerlasse nicht von vornherein kategorisch ausgeschlossen wird.

- b) Ist Ihre Partei dafür, langfristig angelegte, neue innovative Finanzierungsinstrumente für Entwicklung einzuführen? Wenn ja, welche könnten das Ihrer Meinung nach sein?

Ja. Will Deutschland seine internationalen Zusagen einhalten, müssen innovative Finanzierungsinstrumente eingeführt werden. Wir sprechen uns seit langem für eine Finanztransaktionssteuer, eine Kerosinsteuer und eine Flugticketabgabe aus. Ein Teil der Erlöse aus dem Emissionshandel muss in Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern fließen.

- c) Wie positioniert sich Ihre Partei zu den Empfehlungen der „UN-Expert Group on Financing for Gender Equality“, den Anteil von Maßnahmen für Geschlechtergerechtigkeit an der ODA-Quote bis zum Jahr 2010 auf 10 % und bis zum Jahr 2015 auf 20 % zu erhöhen?

Wir sprechen uns dafür aus, die Ausgaben für Entwicklungsvorhaben zu erhöhen, die Gleichberechtigung und die Stärkung der Frauen als Hauptzielrichtung haben. Wir sind dafür, dass alle Entwicklungsprogramme und -projekte auf Gendergerechtigkeit überprüft werden, der Gender Equality Policy Marker der OECD angewendet wird und Gender Budgeting eine größere Rolle spielt.

4. Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

Mit der Paris-Deklaration und der Accra Agenda for Action haben sich Geber- und Partnerländer sowie internationale Institutionen auf fünf zentrale Prinzipien und eine Vielzahl von Handlungsvorschlägen verständigt, um die Partnerorientierung, die Effektivität und die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen.

- a) Wie bewerten Sie diese beiden zentralen Dokumente und was sollte Deutschland zur besseren Umsetzung der Paris-Prinzipien und der Accra-Agenda tun?

Die Dokumente sind für die kommenden Jahre zentral bezogen auf die Harmonisierung, Kooperation und auf die Stärkung von Eigenverantwortung („ownership“) der Partnerländer. Offen bleibt, wie schnell und wie weit sich die Staaten auf weitgehende Absprachen auch in der „Wirklichkeit der EZ“ verständigen können. Mit der EZ sind in allen Teilen der Welt immer auch außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Interessen verbunden, die nicht selbstlos in Folge von politischen Erklärungen „entfallen“.

Deutschland sollte zunächst die Struktur der Durchführungsorganisationen verbessern. Ein wesentliches Element sehen wir in der Gründung einer neuen Entwicklungsagentur. Mit dieser könnte die Trennung zwischen technischer und finanzieller Zusammenarbeit überwunden werden. Deutschland sollte das Auftreten neuer Geber, wie privater Stiftungen oder Länder wie China, Indien oder Brasilien zum Anlass nehmen, eine Grundsatzüberprüfung aktueller Verfahren der EZ auf den Weg zu bringen. Ziele wären die Vereinfachung und Beschleunigung von Verfahren und Schritte zur besseren Messbarkeit von Ergebnissen der EZ.

- b) Ist das Instrument der Budgethilfe aus Sicht Ihrer Partei geeignet, um im Sinne der Paris-Agenda die Eigenverantwortung der Partnerländer zu stärken und die Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen?

*Ja. Wir sind der Meinung, dass Budgethilfe **ein** geeignetes Instrument zur Stärkung der Eigenverantwortung der Partnerländer ist. Dabei wollen wir die Budgethilfe an verbindliche Zielvereinbarungen knüpfen und mit einer menschenrechtlichen Agenda verbinden. Auch aus der Geberperspektive erlaubt die Budgethilfe die Teilnahme an Prozessen, die für die Entwicklung weit über einzelne Projekte hinaus von Bedeutung sind.*

Wir wollen, womit begonnen worden ist, die Beteiligung der Parlamente verbessern – in Deutschland, sowie in den Geberländern. Wir sind auch für die zivilgesellschaftliche Begleitung von Budgetprozessen, mit der in einigen afrikanischen Staaten bereits gute Erfahrungen gemacht worden sind.

Partnerländer müssen dabei unterstützt werden, mit Hilfe effektiver Steuersysteme ihre Einnahmen zu verbessern, um nicht dauerhaft auf Budgethilfe von außen angewiesen zu sein.

5. Verschuldung

Viele Entwicklungsländer leiden unter hohen Schulden, die ihnen die Basis für wichtige entwicklungsrelevante Ausgaben nehmen. Die Schuldenerlasse der letzten Jahre haben viele hoch verschuldete Länder entlastet, doch noch immer gibt es viele Entwicklungsländer, die hohe Schuldentilgungen leisten müssen. Aus Sicht der NRO besteht die Gefahr einer neuen Verschuldungsspirale, denn die Anfang April auf dem G20-Gipfel beschlossenen Milliardenbeträge zur Unterstützung der Entwicklungs- und Schwellenländer werden zum größten Teil über den Internationalen Währungsfonds als Kredite vergeben.

- a) Sieht ihre Partei auch die Gefahr, dass die aktuellen Krisenfinanzierungen für Niedrigeinkommens- und Schwellenländer zu einer neuen Überschuldungskrise führen können und wenn ja, wird sie sich für die Schaffung eines internationalen Insolvenzverfahrens für Staaten einsetzen?

Ja. Wir setzen uns für die Schaffung eines internationalen Insolvenzverfahrens ein. Gerade die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise legt nahe, dass in Zukunft ein unabhängiges Gremium im Falle der Überschuldung und Insolvenz von Staaten tätig werden muss.

Die Verschuldung ist für viele Staaten ein schweres Problem. Wir sehen allerdings die Ursachen der Verschuldung weniger als Folge der G20-Beschlüsse, sondern vor allem des Rückgangs der Einnahmen in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Auswirkungen der „Nahrungsmittel- und Rohstoffkrise“ der letzten Jahre. Zum Teil treten Probleme durch neue Geber (China) auf, die wegen eigener Interessen ignorieren, dass ihre Großkredite Entwicklungsländer erneut in die Schuldenfalle führen können. Bestehende Ansätze, wie das Rahmenwerk zur Schuldenfähigkeit („debt sustainability framework“) haben offensichtlich nicht verhindern können, dass Länder erneut zu hoch verschuldet sind.

- b) Wie steht Ihre Partei zum Konzept der Illegitimen Schulden? Wenn Sie das Konzept für richtig erachten, wie sollte eine Gleichbehandlung unterschiedlicher Kredite künftig verhindert werden?

Wir sprechen uns für die Streichung illegitimer Schulden aus. Bis es dazu kommen kann, muss das Konzept der illegitimen Schulden allerdings noch weiterentwickelt werden, da viele Fragen nicht geklärt sind. Noch besteht keine Übereinstimmung, was genau unter illegitimen Schulden zu verstehen ist. Auch die Frage ob mit dem Konzept nur zukünftig oder auch rückwirkend gearbeitet wird, ist stark umstritten. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass bislang noch keine Regierung eines Entwicklungslandes die Rückzahlung von Schulden mit Hinweis auf ihre Illegitimität verweigert hat, auch wenn es in Ecuador Anzeichen dafür gibt.

6. Welthandel

Kleine und mittelständische Produzentinnen und Produzenten in den Entwicklungsländern können auf ihren heimischen Märkten häufig nicht mit den Produkten aus den Industrieländern konkurrieren. Dies behindert eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern und wirkt sich besonders dramatisch bei Agrargütern aus. Agrarexportsubventionen der Industriestaaten verstärken dieses Ungleichgewicht und gefährden die Existenz von Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern.

- a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Agrarexportsubventionen der Europäischen Union sofort abgeschafft werden und nicht erst wie angekündigt 2013?

Ja. Wir sind für die sofortige Abschaffung schon vor Abschluss der laufenden Welthandelsrunde. Die Agrarexportsubventionen zerstören die Märkte in Entwicklungsländern und sie sind zur Chiffre für die Heuchelei der europäischen Handelspolitik geworden. Diese Subventionen sind den Steuerzahlerinnen und -zahlern nicht zuzumuten. Wir wollen eine intelligentere Form der Unterstützung einer

nachhaltigen europäischen Landwirtschaft. Wir stellen allerdings auch mit Bedauern fest, dass zum Teil die (städtischen) Eliten in Entwicklungsländern in der Hoffnung auf billige Nahrungsmittel zu „stillen Verbündeten“ dieser Politik geworden sind, anstatt die heimische Landwirtschaft zu fördern.

- b) Sollte aus Sicht Ihrer Partei den Entwicklungsländern in den Welthandelsregeln der World Trade Organisation (WTO) das Recht eingeräumt werden, ihre Märkte vor übermächtiger Konkurrenz zu schützen, insbesondere um eine eigen-ständige Nahrungsmittelproduktion aufrechterhalten zu können?

Ja. Wir sind für den Ausbau des bereits jetzt möglichen Ansatzes besonderer Regeln („special and differential treatment“) für Entwicklungsländer. Zur Förderung der Ernährungssicherheit und der ländlichen Entwicklung müssen Entwicklungsländer einen besonderen Schutz erhalten. So müssen Entwicklungsländer die Möglichkeit haben, Zölle wieder anzuheben, um sich vor Dumpingfluten zu schützen.

7. Gesundheit

Die internationale Gemeinschaft hat mit der Millenniumserklärung drei direkt gesundheitsbezogene Ziele formuliert. Der Beitrag der deutschen Entwicklungspolitik zur Verbesserung der Gesundheitssituation in wirtschaftlich armen Ländern findet zunehmend Aufmerksamkeit in der entwicklungspolitischen Debatte. Trotzdem ist weltweit das Recht auf Gesundheit nicht gewährleistet. Noch immer sterben jedes Jahr bis zu zehn Millionen Kleinkinder an leicht vermeidbaren Krankheiten, Mütter an Komplikationen bei der Geburt und Millionen Erwachsene an Krankheiten wie HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria. Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern leiden vor allem an mangelnder Finanzierung, eklatantem Personalmangel und fehlendem Zugang zu Arzneimitteln.

- a) Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung ab 2010 wenigstens 10 % der international aufzubringenden Finanzmittel abdeckt, die für die Verwirklichung des Universellen Zugangs zu HIV-Prävention, Behandlung und Betreuung benötigt werden?

Wir sehen, dass Deutschland im Vergleich zu ähnlich wirtschaftsstarken Industrieländern wie Frankreich oder Großbritannien noch einen viel zu geringen finanziellen Beitrag leistet, um die Millenniumsentwicklungsziele im Gesundheitsbereich zu erreichen. Das muss sich ändern. Der universelle Zugang zu Präventionsmethoden und der Behandlung von HIV/AIDS ist eine der größten Herausforderungen, für den sich die Bundesregierung stärker einsetzen muss. Doch darf dieses Engagement nicht zu Lasten der Stärkung von Gesundheitssystemen allgemein oder zu Lasten des Kampfes gegen andere tropische Armutskrankheiten gehen.

- b) Wie kann nach Ansicht Ihrer Partei die Erforschung, Entwicklung und der Zugang zu wirksamen und günstigen Medikamenten, Impfstoffen und Präventionsmitteln (wie zum Beispiel Mikrobiziden) gegen Armutskrankheiten wie HIV/Aids, Malaria, Tuberkulose und Polio sowie vernachlässigten Krankheiten gefördert und gewährleistet werden? Sollte die öffentlich finanzierte Forschung zu diesen Krankheiten in Deutschland verstärkt werden?

Pharmaunternehmen in den Industrieländern vernachlässigen die Forschung und Entwicklung neuer Medikamente gegen Armutskrankheiten, da mit ihnen keine großen Gewinne zu erwarten sind. Von den zwischen 1975 und 2004 neu entwickelten 1556 Medikamenten entfielen gerade einmal 18 auf die tropischen Armutskrankheiten und drei auf Tuberkulose. Das ist viel zu wenig.

Deutschland als drittstärkste Wirtschaftskraft der Welt und als Land mit großen Forschungskapazitäten muss die Mittel für die öffentliche Forschung erhöhen und gezielte Anreize für die Forschung und Entwicklung an neuen Medikamenten gegen Tropenkrankheiten schaffen. Sie muss von Anfang an sicherstellen, dass öffentliche Mittel, die in die Forschung investiert werden, auch definitiv einen breiten öffentlichen Zugang zu eben diesen Medikamenten ermöglichen. Produktentwicklungspartnerschaften, wie die Drugs for Neglected Diseases Initiative (DNDI), verfolgen eben dieses Ziel und sollten daher stärker unterstützt werden.

- c) Welche Maßnahmen müssen aus Sicht Ihrer Partei ergriffen werden, um die besonders gefährdeten gesundheits-relevanten MDG 4 (Senkung der Kindersterblichkeit), 5 (Verbesserung der Müttergesundheit) und 6 (Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderer Krankheiten) bis 2015 zu verwirklichen? Inwiefern wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, eine überprüfbare, transparente und effiziente Politik für den Gesundheitsbereich unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu gewährleisten und sicherzustellen, dass der bisher im internationalen Vergleich sehr geringe Umfang der gesundheitsrelevanten EZ konsequent aufgestockt wird, um bis 2010 ein Mindestniveau von 0,1 % des BNE zu erreichen?

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Zur Erreichung der gesundheitsrelevanten Millenniumsziele müssen die Mittel für die Finanzierung der Gesundheitssysteme in den Entwicklungsländern langfristig zugesagt werden und für Entwicklungsländer vorhersagbar sein. Die deutsche Bundesregierung muss ihre im Rahmen der EU gemachten Zusagen, die ODA-Mittel 2010 auf 0,51% und bis 2015 auf 0,7% des BNE zu erhöhen, gerade in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise einhalten. Darüber hinaus muss globale Gesundheit in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine zentrale und nicht wie bisher eine untergeordnete Rolle spielen. Besonders die Unterstützung von Frauen und ihrer sexuellen und reproduktiven Rechten muss eine höhere Bedeutung erhalten. Deutschland muss den angemessenen finanziellen Beitrag von 0,1% seines BNE zur weltweiten Gesundheitspolitik leisten. Die Mittelverwendung muss sich dabei an den Beschlüssen der Accra-Agenda zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit ausrichten.

- d) Zur Erreichung der gesundheitsbezogenen Millenniumsentwicklungsziele ist es zentral, dass die Gesundheitssysteme in ärmeren Ländern gestärkt werden und insbesondere der Fachkräftemangel behoben wird. Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Mangel von Gesundheitsfachkräften behoben und ein international verbindlicher Code of Conduct bei der Abwerbung von Gesundheitsfachkräften aus Entwicklungsländern eingeführt wird?

Dass Ärzte, Krankenschwestern und Hebammen aus Entwicklungs- in Industrieländer abwandern, stellt die Entwicklungsländer vor eine riesige Herausforderung, zumal die dortigen Gesundheitssysteme ohnehin oft mangelhaft

ausgestattet sind. Wir setzen uns deshalb für eine verantwortungsbewusste Migrationspolitik ein. Wir unterstützen die 2004 von der WHO angeregte Entwicklung eines international verbindlichen Verhaltenskodex, der verhindern soll, dass Industrieländer durch die gezielte Abwerbung von Gesundheitsfachkräften aus Entwicklungsländern deren Gesundheitssysteme noch mehr schädigen. Wir befürworten daher flexible Einwanderungskonzepte, bei denen Gesundheitsfachkräfte, die in Industrieländern arbeiten, für mehrere Monate oder Jahre wieder in ihren Heimatländern arbeiten können, ohne ihren Aufenthaltsstatus in den Industrieländern zu verlieren. Gleichzeitig müssen auch die Entwicklungsländer ihren Gesundheitsfachkräften bessere Arbeitsbedingungen bieten. Dazu gehören ein besserer Lohn und eine größere soziale Anerkennung.

8. Bildung

Unbestritten gilt Bildung als ein Grundstein selbstgetragener Entwicklung aller Menschen und insbesondere benachteiligter Mädchen und Frauen. Die Staaten-gemeinschaft hat sich unter dem Motto „Education for all“ (EFA und Fast Track) das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2015 in allen Ländern allen Kindern eine solide Grundbildung zu ermöglichen. Damit Jugendliche und Erwachsene ihre Entwicklung in die eigenen Hände nehmen können, brauchen sie zudem berufliche Aus- und Fortbildung. Wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Fortschritt hängen nicht zuletzt von qualifizierten Fachkräften und verantwortungsbewussten Eliten ab. Jede neue Generation in den jungen Entwicklungsländern benötigt ausreichenden Zugang zur tertiären Bildung.

a) Reicht die derzeitige Bildungsförderung aus oder sollte die Bundesregierung mit mehr Ländern den Bildungssektor zu einem Schwerpunktbereich der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit sowie der Förderung über nichtstaatliche Organisationen machen?

Die Vereinbarung auf Schwerpunktbereiche erfolgt zu Recht in enger Abstimmung zwischen der Bundesregierung und ihren Partnern. Die Bundesregierung sollte nicht unilateral neue Schwerpunkte setzen. Es ist im Einzelfall zu prüfen, ob die Bundesregierung gute überzeugende Angebote im Bildungsbereich zu unterbreiten hat.

b) Könnte aus Ihrer Sicht in den bestehenden Sektorschwerpunkten (z.B. Wasser, Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft) die Ausbildung von einheimischen Fachkräften und die Förderung entsprechender Bildungseinrichtung Vorrang erhalten?

Wir sind davon überzeugt, dass in den angesprochenen Sektoren immer auch die Ausbildung von Fachkräften integriert werden sollte, sofern nicht sichergestellt ist, dass der Staat selbst oder andere Geber diese Aufgabe zur Zufriedenheit lösen.

c) Wie beurteilen Sie das Kooperationspotenzial zwischen Bildungseinrichtungen in Deutschland und Entwicklungsländern? Halten Sie neue, auf gegenseitigen Vorteil ausgerichtete Förderungsinitiativen und die Einbeziehung von Migranten für sinnvoll?

Ja, wir halten neue Initiativen in diesem Bereich für sinnvoll. Wir sehen Potential beim Ausbau der Kooperation zwischen deutschen Hochschulen und Universitäten der Partnerländer, bei den Stipendienprogrammen für Studierende aus

Entwicklungsländern und bei der Unterstützung deutscher Studierender in Entwicklungsländern. Wir sehen Bedarf, den Austausch von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern zu stärken. Beim Aufenthaltsrecht wären die Regeln so zu ändern, dass es für Hochqualifizierte leichter wird, in Deutschland zu arbeiten, ihre Familie mitzubringen und sich auch selbstständig wirtschaftlich zu betätigen.

Wir haben in den letzten Jahren wiederholt auf die positive Rolle von Migrantinnen und Migranten in der Diaspora hingewiesen. Wir glauben, dass weit mehr an Zusammenarbeit denkbar ist. Das kann über den Ausbau von kommunalen oder Länderkooperationen erfolgen. Wenn Migrantinnen und Migranten leichter „zwischen den Welten“ pendeln und leben könnten, ohne Angst zu haben, ihren Aufenthaltstitel zu verlieren, wäre dies ein großer Vorteil. Einen wirklichen Durchbruch in diesen Fragen erzielen wir erst dann, wenn die relevanten politischen Kräfte die Realität des Einwanderungslandes Deutschland wirklich verstanden haben. Dass hieße auch zu verstehen, dass sich die Fragen der Modernisierung der Gesellschaft immer auch auf das Verhältnis zur Migration beziehen.

9. Ernährung

Zugang zu adäquaten Nahrungsmitteln ist ein Menschenrecht und absolute Voraussetzung für Entwicklung und Armutsbekämpfung. Die Ernährungssouveränität vieler Menschen in den Entwicklungsländern wird durch vielerlei Faktoren untergraben. Meist spielen nationale und internationale politische Fehlentscheidungen dabei eine große Rolle. Ungerechte Welthandelsstrukturen behindern die kleinbäuerliche Produktion, die in vielen Entwicklungsländern die Basis für die Ernährung der Bevölkerung ist. Außerdem fehlt vielen kleinbäuerlichen Produzentinnen und Produzenten der Zugang zu den notwendigen Produktionsmitteln wie Land, Wasser und Saatgut, technisches Know-how und die Anbindung an Infrastruktur.

- a) Sollte aus Sicht Ihrer Partei die zukünftige Bundesregierung der ländlichen Entwicklung wieder mehr Aufmerksamkeit schenken und dementsprechend die Ausgaben in diesem Sektor erhöhen?

Ja. Wir setzen uns sehr dafür ein, dass die ländliche Entwicklung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine zentrale und nicht wie bisher eine untergeordnete Rolle spielt. Gerade in den ländlichen Räumen in den Entwicklungsländern sind die höchsten Zahlen an Hungernden zu beklagen und ist Armut am tiefsten verwurzelt. Ein Schlüssel zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele liegt daher in der ländlichen Entwicklung. Wir treten dafür ein, dass mindestens 10 Prozent der deutschen ODA-Mittel für die Förderung der ländlichen Entwicklung eingesetzt werden und dass analog auch die Entwicklungsländer 10 Prozent ihrer Haushaltsmittel dafür einsetzen.

Dabei sollten die FAO-Leitlinien zur Implementierung des Menschenrechts auf Nahrung sowie die Empfehlung des Weltagrarrates IAASTD der Referenzrahmen sein. Vor allem sind Kleinbauern in den Partnerländern darin zu unterstützen, auf nachhaltige Weise Lebensmittel für lokale und regionale Märkte zu produzieren. Die EZ im Bereich der ländlichen Entwicklung darf auch nicht an falsch verstandener „ownership“ scheitern. In Regierungsverhandlungen mit Partnerländern, die ein signifikantes Hungerproblem haben, muss über dieses Thema gesprochen werden. Die Beschränkung auf immer weniger Sektoren der

Zusammenarbeit darf nicht dazu führen, dass gemeinsame Maßnahmen zur Hungerbekämpfung „abgewählt“ werden und unter den Tisch fallen.

- b) Sieht Ihre Partei in der „grünen Gentechnik“ ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung des Hungers in der Welt, welches gleichzeitig ökologische und soziale Nachhaltigkeit gewährleisten kann?

Nein, im Gegenteil, wir sehen die grüne Gentechnik nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems. Befürworter der grünen Gentechnik behaupten, dass die Welternährung nur durch eine Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft sichergestellt werden könne und dass dies nur mit gentechnisch veränderten Pflanzen möglich sei. Diese Auffassung teilen wir nicht. Gentechnisch veränderte Pflanzen landen bisher so gut wie nie in den Mägen hungernder Menschen, sondern als Exportware - als Baumwolle für billige T-Shirts oder als Futtermittel in den Industrieländern. Zudem ist die Ursache für Hunger nicht etwa geringe Produktivität. Andere Faktoren sind entscheidend:

Ungerechtigkeiten bei Landverteilung und Landnutzung, Wasserknappheit, mangelhafte Unterstützung kleinbäuerlicher Landwirtschaft, ein ungerechtes Welthandelssystem, der Fleischhunger der Industrie- und Schwellenländer sowie die Vernachlässigung der ländlichen Entwicklung. Außerdem konnte die grüne Gentechnik-Industrie bisher gar nicht nachweisen, dass mit gentechnisch veränderten Pflanzen - im Vergleich zur konventionellen und zur ökologischen Landwirtschaft – die Produktivität langfristig gesteigert und der Pestizideinsatz reduziert werden kann. Die ökologischen und sozioökonomischen Risiken der grünen Gentechnik sind bisher unzureichend erforscht.

10. Klimawandel

Der Klimawandel verschlechtert besonders die Situation der Ärmsten in den Entwicklungsländern, obwohl diese am wenigsten zu den klimatischen Veränderungen beigetragen haben. Die Hauptverursacher sind Industrie- und Schwellenländer, die sich ihrer globalen Verantwortung stellen müssen. „Klimagerechtigkeit“ bedeutet, dass die Verursacher zum einen ihre Treibhausgasemissionen stark reduzieren und zum anderen den Entwicklungsländern dabei helfen, sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen.

- a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Industrieländer also auch die EU und Deutschland ihren CO²-Ausstoß um mehr als 40% bis 2020 gegenüber 1990 reduzieren, wobei diese Minderung wesentlich durch Maßnahmen in Deutschland erreicht wird?

Soll der Temperaturanstieg unter 2°C bleiben, müssen die globalen Emissionen deutlich sinken. Wir fordern für Deutschland und die EU bis 2020 Reduktionen von 30% gegenüber 1990. Diese Minderungen müssen vollständig innerhalb der EU erbracht werden. Zusätzlich muss sich die EU verpflichten, Emissionen in der Größenordnung von 10% ihrer Emissionen im Jahr 1990 in Entwicklungs- und Schwellenländern zu reduzieren, z.B. über CDM-Projekte.

- b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Deutschland mit mehreren Milliarden Euro pro Jahr zur Finanzierung von Klimaschutz- und

Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern beiträgt? Sind diese Finanzierungsleistungen der Industrieländer an Entwicklungsländer aus Sicht Ihrer Partei Leistungen, die in das 0,7%-Ziel zur Entwicklungsfinanzierung einbezogen werden sollten oder Ausgleichszahlungen der Hauptverursacher des Klimawandels, die zusätzlich geleistet werden müssen?

Ohne eine verlässliche, zusätzliche und angemessene Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungs- und Schwellenländern, wird es kein neues Klimaabkommen geben. Deutschland muss einen Beitrag hierzu leisten, der seiner Verantwortung als Mitverursacher des Klimawandels entspricht.

Klimaschutz darf nicht zu Lasten des 0,7 Prozent-Ziels gehen. Es kann aber auch nicht das Ziel nachhaltiger Entwicklungspolitik sein, Maßnahmen für Klimaschutz und Anpassung von der Entwicklungszusammenarbeit zu trennen. Beides muss zusammen gedacht werden. Daher sprechen wir uns für ein „Klima-Mainstreaming“ aller Entwicklungsmaßnahmen aus. Zum anderen muss bei den Klimaverhandlungen ein Weg gefunden werden, die international vereinbarte Zusätzlichkeit der Klimafinanzierung zu gewährleisten. Eine Möglichkeit wäre es, Geld, das Deutschland in internationale Fonds, wie den Anpassungsfonds der UNFCCC, einzahlt, nicht auf die ODA-Quote anzurechnen.

11. Governance

Wichtige Entscheidungen während der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise wurden von G20-Staaten getroffen. Die Vereinten Nationen, die alle Staaten vertreten, rücken in den Hintergrund. Dies macht auch das Abschlussdokument der G20 vom 2. April 2009 deutlich, in der die Vereinten Nationen praktisch nicht vorkommen. Vielmehr wird den Bretton-Woods-Institutionen eine starke Rolle zugeschrieben. Doch auch der Internationale Währungsfonds und die Weltbank stehen in der Kritik, den Entwicklungsländern nicht genügend Mitsprache einzuräumen.

Andererseits ist die Regierungsführung in den Entwicklungsländern ein entscheidender Faktor für Armutsbekämpfung.

- a) Sollten die Vereinten Nationen aus Sicht Ihrer Partei das maßgebende Organ zur Lösung globaler Fragen und Probleme sein?

Ja. Die Vereinten Nationen sind zentral für die Lösung globaler Fragen und Probleme. Nur sie sind global legitimiert und repräsentieren alle Länder und Regionen. Ihre Leistungsfähigkeit muss allerdings dringend gesteigert werden. Der exklusive Club der G8 ist für einen globalen Interessenausgleich nicht geeignet. Die G20 sind zwar repräsentativer, vor allem was den Bevölkerungsanteil und die Wirtschaftsleistung betrifft. Sie sind also „systemisch“ relevant bei der Lösung globaler Fragen, schließen aber weiterhin viele Länder von der Willensbildung aus.

- b) Ist Ihre Partei dafür, einen Rat der Vereinten Nationen für wirtschaftliche Fragen einzusetzen, der einen Ordnungsrahmen, auch unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Fragen, für die Weltwirtschaft setzt? Mit welchen Kompetenzen sollte ein solcher Rat ausgestattet sein?

Wir halten eine globale Koordination von Sozial-, Umwelt-, Finanz- und Wirtschaftspolitik unter dem Dach der Vereinten Nationen und perspektivisch die

Einrichtung eines starken Weltwirtschaftsrats, der für einen Ordnungsrahmen sorgt, für notwendig und angebracht.

Der Vorschlag der so genannte Stiglitz-Kommission weist in die richtige Richtung: Sie schlägt einen Weltwirtschaftsrat vor, in dem 25 bis 30 Regierungen aus allen Weltregionen vertreten sind. Dieser Rat hätte die Aufgabe, die Kohärenz zwischen den UN- Institutionen, der Weltbank, dem IWF und der WTO zu erhöhen und sich auf Leitlinien für eine globale nachhaltige Wirtschaftspolitik zu verständigen.

Von einer kohärenten Global Governance, die eine weltweite nachhaltige Entwicklung fördert und der Globalisierung ökologische und soziale Leitplanken gibt, sind wir noch weit entfernt. Ein Zwischenschritt könnte die Schaffung eines Expertengremiums sein, das sich mit den systemischen Risiken der Weltwirtschaft auseinandersetzt und die Vereinten Nationen bei globalen Wirtschafts-, Finanz- und Handelsfragen berät.

- c) Welche Reformen sind aus Sicht Ihrer Partei erforderlich, damit die Kompetenzen der Vereinten Nationen zur Lösung globaler Herausforderungen gestärkt werden?

Die seit langem geführte Diskussion um die Reform des Sicherheitsrates müsste endlich abgeschlossen werden und ein reformierter Sicherheitsrat alle Regionen der Welt angemessen repräsentieren. Das Vetorecht im Sicherheitsrat sollte abgeschafft werden. Wir sind für die Schaffung einer Weltumweltorganisation (UNEO) und eine Reform der Bretton-Woods-Institutionen (IWF und Weltbank), in denen die Entwicklungsländer mehr Stimmrechte bekommen müssen. Die Zusammenarbeit zwischen den Bretton-Woods Institutionen (IWF und Weltbank) und den übrigen Teilen des UN-Systems muss verbessert werden. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit mit der WTO, die langfristig unter das Dach der Vereinten Nationen gebracht und den Leitlinien eines neu zu schaffenden Weltwirtschaftsrates folgen müsste.

Eine weitere große Herausforderung besteht darin, in den nächsten Jahren das Konzept der „Responsibility to Protect“ weiterzuentwickeln und Blockaden im Menschenrechtsrat zu überwinden.

- d) Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei, gute Regierungsführung in den Entwicklungsländern zu fordern und zu fördern?

Die Förderung von Demokratie und guter Regierungsführung ist parteiübergreifend Konsens. Unterschiede bestehen beispielsweise bei der Frage, wie und ob in Ländern mit schlechter Governance zusammengearbeitet werden kann. Wir glauben, dass auch mit Ländern mit schlechter Governance gearbeitet werden muss. Wir wollen entsprechende Konzepte, die in Ansätzen in der EU und der Weltbank bestehen, weiter entwickeln.

Wir begrüßen, dass Deutschland mit fast der Hälfte seiner EZ-Partnerländer einen Schwerpunkt in den Bereichen Demokratie, Stärkung der Zivilgesellschaft und der öffentlichen Verwaltung vereinbart hat. Im Kontext der Budgethilfe lassen sich Governance-Fragen systematisch behandeln. Eine wichtige Rolle kommt den politischen Stiftungen, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen bei der Stärkung

der Zivilgesellschaft zu .Wir unterstützen Initiativen, die zur Transparenz im Rohstoffsektor beitragen, wie die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI).

12.Frieden und Sicherheit

Frieden und Sicherheit sind für Entwicklung und Armutsbekämpfung unverzichtbare Voraussetzungen. So genannte fragile Staaten liegen bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele am weitesten zurück.

- a) Wird sich Ihre Partei für einen Ausbau der Instrumente der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung engagieren, damit diese in der Außen- und Entwicklungspolitik gezielter, rechtzeitiger und wirksamer eingesetzt werden können?

Ja. Wir stehen für eine Politik, die konsequent den Leitgedanken der zivilen Konfliktbearbeitung als zentrales Handlungsprinzip und Querschnittsaufgabe in allen dafür relevanten Politikfeldern verankern will. Wir wollen Gewaltfreiheit in praktische Politik übersetzen. Wir wollen den Aufbau ziviler Fähigkeiten und Kapazitäten fördern und den Aktionsplan "Zivile Krisenprävention" umsetzen und weiterentwickeln.

Mit mehr Mitteln, besseren Strukturen und mehr Personal sowie einem Personalpool für ExpertInnen für Polizei-, Justiz- und Verwaltungsaufbau wollen wir die Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention stärken .Mit einem zivilen Entsendegesetz wollen wir außerdem den Einsatz ziviler Fachkräfte in Krisenregionen fördern. Priorität haben für uns die Förderung lokaler friedensbereiter Kräfte und die systematische Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen.

- b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, das Verhältnis von Ausgaben für militärische und zivile Zwecke im Bundeshaushalt auszugleichen und insbesondere für den zivilen Aufbau in Afghanistan mehr Mittel zur Verfügung zu stellen?

Ja. Wir wollen die Ausgaben für zivile Zwecke, die Entwicklung und Krisenprävention zu Gute kommen. Das Missverhältnis zwischen militärischen und zivilen Mitteln muss korrigiert werden. Wir fordern schon seit langem die Bundesregierung auf, ihren Beitrag für die zivile Aufbauarbeit in Afghanistan mindestens zu verdoppeln. Grüne Politik definiert eine klare Priorität für Aufbau und Entwicklung in Afghanistan und drängt die Bundesregierung, die notwendigen zivilen Maßnahmen mit höchster Dringlichkeit umzusetzen. Die Prämisse „Zivil vor Militär“ muss mit entwicklungspolitischen Taten Realität werden.

- c) Welchen Stellenwert misst Ihre Partei der Umsetzung der UN-Resolutionen 1325 und 1820 zum Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten und zur Stärkung ihrer Rolle in Friedensprozessen bei? Wie kann sich die deutsche Entwicklungspolitik aus Sicht Ihrer Partei stärker für die Umsetzung beider Resolutionen einsetzen?

Frauenrechte sind Menschenrechte. Wir Grünen stehen für eine Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit an den Prinzipien der Geschlechtergerechtigkeit und der Frauenförderung. Wir sehen darin eine wesentliche Voraussetzung für die Überwindung von Armut in der Welt.

Wir stehen für eine Politik, die ihre Verpflichtungen aus den Resolutionen 1325 und 1820 der Vereinten Nationen konsequent umsetzt – als Beitrag zur Stärkung der Frauenrechte und der strafrechtlichen Verfolgung von Tätern sexualisierter Gewaltanwendung in Kriegen. Wir Grüne fordern hierzu einen nationalen Aktionsplan sowie die Einrichtung einer nationalen Monitoringstelle. Schon bei der Ausbildung und Vorbereitung von Friedenstruppen der Vereinten Nationen muss sexualisierte Gewalt gegen Frauen in Kriegen zum Thema gemacht werden. Wir fordern eine verstärkte Unterstützung für Projekte, die sich für eine Abschaffung der Genitalverstümmelung von Frauen engagieren. Wir wollen uns bei den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für die Einführung des Gender Budgeting stärker einsetzen und dieses Analyseinstrument bei Gemeinschafts-, Korb- und Budgetfinanzierungen, an denen sich die Bundesrepublik Deutschland beteiligt, anwenden.

13. Entwicklungspolitische Bildung

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland stärkt die Solidarität und das Wissen um die Zusammenhänge der Globalisierung und ist somit eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklungspolitik. Die UNESCO hat bereits mehrfach von den UN-Mitgliedsstaaten gefordert, mindestens zwei Prozent Ihrer ODA für entwicklungs-politische Bildungsarbeit bereit zu stellen. Der Bundestag hat die Bedeutung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit in verschiedenen Beschlüssen unterstrichen. Dennoch liegen die Ausgaben für die entwicklungspolitische Bildung 2006 bei 0,26% (aktuelle Zahlen).

- a) Welchen Stellenwert weisen Sie der entwicklungspolitischen Bildung zu und werden Sie sich dafür einsetzen die finanziellen Mittel gemäß der Forderung der UNESCO zu erhöhen?

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil grüner Entwicklungspolitik. Wir haben bei den letzten Haushaltsverhandlungen 500.000 Euro mehr für die Bildungsarbeit gefordert, damit die Mittel genauso stark anwachsen wie der Gesamthaushalt des BMZ. Zur Bildungsarbeit gehört seit 2008 auch der Freiwilligendienst „Weltwärts“, den wir langfristig ausbauen wollen.